

Eure Majestäten,  
Eure Königlichen Hoheiten,  
Herr Präsident,  
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Überall in unserem Land klingelten heute Morgen die Wecker. Ein neuer Tag brach an in Schweden. Auf manche Menschen wartet ein Arbeitsplatz mit den Kollegen. Auf unsere Kinder ein neuer Tag in der Schule oder mit ihren Spielkameraden in der Vorschule. Ein Student an einer unserer Hochschulen machte sich auf den Weg, um sich auf die kommende Prüfung vorzubereiten. Eine ältere Person erhielt vielleicht Besuch von einem Betreuer des häuslichen Pflegediensts, der ihr das Frühstück brachte. In einem unserer Krankenhäuser wurde ein Patient nach einer gestern vorgenommenen Operation untersucht.

All diese Menschen und viele weitere formen Schweden. Sie sind erfüllt von der Hoffnung und der Sorge um den Arbeitsplatz, die Wohlfahrt und die Zukunft – Aufgaben, die von der Politik wahrgenommen und gelöst werden müssen. Alle diese Menschen und all die anderen sind Teil eines Ganzen, das wir Schweden nennen. Unser Land. Ein gutes Land.

Vor knapp einem Jahr bildeten die Parteien der Allianz für Schweden – die Moderate Sammlungspartei, die Zentrumspariei, die liberale Volkspartei und die Christdemokraten – gemeinsam die Regierung. Dies war nach der Wahl, in der die schwedische Bevölkerung unseren vier Parteien ein gemeinsames Mandat erteilt hatte, getragen von einer Mehrheit der Wähler, um Schweden einem Erneuerungsprozess zu unterziehen. Wir hatten das Vertrauen der Wähler gesucht und gewonnen mit der Botschaft, dass Schweden ein gutes Land ist, aber nicht alles in Schweden gut ist.

Schweden litt unter einer großen Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt. Viele Unternehmer wagten nicht, an eine Zukunft in Schweden zu glauben. Verlorengangene Arbeitsplätze wurden nicht durch neue ersetzt, Menschen mit dem Willen zu arbeiten, waren auf Beihilfen angewiesen und erhielten nicht die Unterstützung, die sie benötigten. Dies führte dazu, dass über eine Million

Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren oder weniger arbeiteten als sie wollten. Gleichzeitig schufen Beihilfesysteme und hohe Einkommensteuern eine Situation, bei der es sich für viele Menschen nicht mehr lohnte zu arbeiten. Insbesondere galt dies für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

Darüber hinaus konnten wir eine dritte Folge dieser Ausgrenzung erkennen: Ein erheblicher Anteil der Ressourcen der Gesellschaft floss in Beihilfe- und Leistungssysteme für Menschen im erwerbsfähigen Alter, die arbeiten wollten, jedoch keine Hilfe bei der Suche nach einer neuen Arbeit erhielten. Dies führte zu Mängeln im Wohlfahrtssystem. Die Qualität bei der Pflege und Betreuung war nicht ausreichend hoch, das Leistungsniveau an unseren Schulen wurde schlechter im Vergleich zu dem vieler anderer Länder.

Wir sahen, wie all dies eine Entwicklung herbeiführte, in der Schweden auseinander glitt. Es entstand eine Kluft in Schweden, zwischen den Menschen untereinander, und zwischen Stadt und Land. Wir erkannten die Probleme und versprachen, etwas dagegen zu unternehmen. Wir wollten den Menschen die Möglichkeit geben zu wachsen, Verantwortung zu übernehmen und sich im ganzen Land zu entfalten.

\*\*\*

In ihrer Regierungserklärung vor einem Jahr stellte die Regierung die Ausrichtung der Politik vor und legte die Aufgaben für die gesamte Legislaturperiode fest. Dies ist weiterhin gültig. Wir wollen erreichen, dass mehr Menschen Arbeit haben, mehr Unternehmer neue Arbeitsplätze im ganzen Land zu schaffen bereit sind, Einzelne und Familien mehr Macht haben, über ihr eigenes Leben zu bestimmen und mehr Menschen die Möglichkeit nutzen, Wissen zu erwerben. Mehr Menschen sollen auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit spüren und in Geborgenheit, Gesundheit, Wohlstand und einer guten Umwelt leben können.

Die Regierung hat im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Reformen durchgeführt beziehungsweise angekündigt, um die den Wählern gemachten Versprechen zu erfüllen.

Wir haben Anstrengungen unternommen, damit sich Arbeit besser lohnt, damit mehr Arbeitgeber bereit sind, Menschen einzustellen und mehr Unternehmen gegründet werden, die in Schweden bleiben und wachsen wollen.

Erste Phase des Steuerabzugs für Erwerbstätige. Veränderungen bei der Arbeitslosenversicherung. Reformen zum Bürokratieabbau, Steueränderungen, bessere Finanzierung und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Unternehmen. Arbeitsplätze für Neueinsteiger. Einstiegsarbeitsplätze für ausländische Mitbürger. Arbeits- und Entwicklungsgarantie. Maßnahmen für mehr Wachstumschancen im Dienstleistungssektor. All dies sind Beispiele dafür, was zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen unternommen wurde beziehungsweise unternommen wird.

Die Regierung hat auch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in der öffentlich finanzierten Wohlfahrt eingeleitet. Dies erfolgt sowohl durch die Bereitstellung neuer Mittel als auch durch Reformen für eine höhere Qualität in Schulen, Vorschulen, bei der Betreuung von älteren Menschen und im Gesundheitswesen. Für das Rechtswesen beinhaltet die Politik der Regierung die bisher umfangreichsten Investitionen.

Ein Eckpfeiler unserer Arbeit sind geordnete öffentliche Finanzen, sowohl kurzfristig wie auch langfristig. Mit einer verantwortungsvollen Politik können wir eine stabile Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung schaffen. Das Ziel, ein Prozent Überschuss bei den öffentlichen Sparmaßnahmen zu erreichen, wird in den nächsten Jahren mit einer guten Marge erreicht. Die Staatsverschuldung wird abgebaut, damit sorgen wir vor für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Die Ausrichtung der Regierungspolitik, Anreize und Möglichkeiten für die Arbeit sowie Voraussetzungen für eine besser funktionierende Wirtschaft zu schaffen, ist auch wichtig, damit die starke Konjunktur nicht in eine Überhitzung übergeht und zu größeren Schwankungen bei der Beschäftigung und Produktion führt.

Mit einer starken Volkswirtschaft sind wir weniger verwundbar, wenn es auf den internationalen Finanzmärkten stürmisch wird. Eine starke Volkswirtschaft ist eine Voraussetzung dafür, dass Schweden gut für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Mit ihr können wir den Bedürfnissen nach erweiterten Dienstleistungen in der Wohlfahrt entsprechen, um den Anforderungen durch eine alternde Gesellschaft begegnen zu können. Sie bildet die Grundlage, um erfolgreich mit Maßnahmen auf den Klimawandel reagieren zu können. Mit ihrer Hilfe können wir uns in einem wachsenden Wettbewerb im Zuge der Globalisierung behaupten.

\*\*\*

Die schwedische Wirtschaft entwickelt sich gegenwärtig sehr positiv. Das Wachstum ist weiterhin hoch und die Prognosen für den schwedischen Arbeitsmarkt fallen günstig aus. Wir sehen, wie die Beschäftigung ansteigt, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt wird und die Ausgrenzung abnimmt. Hinter der Statistik verbergen sich Menschen von Fleisch und Blut. Menschen, die eine Möglichkeit erhalten, im Arbeitsleben zu wachsen, die stolz darauf sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und durch ihre Arbeit an der Gesellschaft teilhaben können.

Die sich nun abzeichnende Entwicklung ist in doppelter Hinsicht positiv. Mehr Menschen mit Arbeit bedeutet weniger Menschen, die außen vor bleiben. Dies wiederum beinhaltet mehr Spielraum für weitere Steuererleichterungen und Investitionen in das Wohlfahrtssystem.

Die Dinge entwickeln sich gut in Schweden, doch es gibt auch Menschen die Gefahr laufen, nicht von den Möglichkeiten Gebrauch machen zu können, die sich auf dem schwedischen Arbeitsmarkt bieten. Ergreifen wir jetzt nicht die Gelegenheit für weitere Reformen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, so gleitet uns eine historische Chance aus den Händen, die Ausgrenzung aufzubrechen. Die Regierung beabsichtigt deshalb eine Vielzahl weiterer Reformen vorzustellen, mit deutlichen Anreizen für die Arbeit und mehreren und besseren Wegen zurück in den Arbeitsmarkt für diejenigen, die heute außen vor bleiben.

Die Einkommensteuer vor allem für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen wird weiter gesenkt. Die Regierung möchte den Wert der Arbeit für die im Gesundheitswesen und in

der Kinderbetreuung Beschäftigten, für Industriearbeiter, für Angestellte und alle anderen Erwerbstätigen hervorheben. Dies erfolgt im nächsten Jahr mit der Einführung eines weiteren Steuerabzugs für Erwerbstätige zum ersten Januar 2008. Mit der zweiten Phase dieser Steuererleichterung bleiben den meisten Erwerbstätigen cirka 1 000 Kronen mehr im Monat von ihrem Lohn oder Gehalt.

Neben diesem erweiterten Steuerabzug für Erwerbstätige wird die staatliche Grundsteuer zum Jahreswechsel abgeschafft. Die gegenwärtige Steuer, die ungerecht ist und keine Legitimität hat, wird durch eine kommunale Abgabe ersetzt, die Vorhersehbarkeit sowie niedrigere laufende Wohnkosten mit sich bringen soll.

Zusätzlich zu den Reformen zur Erweiterung der Möglichkeiten für Erwerbstätige müssen wir alle unsere Bemühungen darauf verwenden, die Schwellen für diejenigen zu senken, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind. Nur so können wir die in Schweden bestehende Kluft abbauen.

Die Regierung setzt sich weiterhin dafür ein, die Ausgrenzung der neu in Schweden angekommenen Mitbürger abzubauen, indem sie den Schwerpunkt auf Arbeit und Sprachkenntnisse legt sowie auf eine bessere Koordinierung zwischen den einzelnen Behörden. Die Anreize für Arbeitgeber Personen einzustellen, die eine schwache Stellung auf dem Arbeitsmarkt haben – beispielsweise junge, ältere und im Ausland geborene Personengruppen – wurden ausgebaut, werden jedoch noch weiter verbessert.

Die Regierung beabsichtigt ferner, die Arbeitsplätze für Neueinsteiger auch auf die Pflege und Betreuung im öffentlichen Sektor auszudehnen. Damit eröffnet sich insbesondere für viele Frauen eine weitere Möglichkeit zur Arbeit, während wir gleichzeitig den personellen Bedürfnissen des Wohlfahrtssystems nach erhöhter Qualität entsprechen und zukünftige altersbedingte Abgänge ausgleichen können.

\*\*\*

In den letzten 30 Jahren hat sich der Anteil der Personen, die ein Krankengeld oder eine so genannte Aktivitätsleistung beziehen, verdreifacht, obwohl sich die allgemeine Gesundheitslage verbessert hat. Die Regierung wird im nächsten Jahr den Schwerpunkt insbesondere auf solche Reformen lenken, mit deren Hilfe erkrankte Menschen eine enge Anbindung an den Arbeitsmarkt beibehalten können und die Möglichkeiten für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt vielfältig sind.

Der betriebliche Gesundheitsdienst wird Ressourcen zur Weiterentwicklung erhalten, eine Rehabilitierungsgarantie wird eingeführt. Die Krankenversicherung wird reformiert, um Sicherheit zu gewährleisten, statt Ausgrenzung zu fördern. Arbeitgeber erhalten günstigere Bedingungen zur Einstellung von Langzeiterkrankten. Die Regierung beabsichtigt so genannte Wiedereingliederungsarbeitsplätze einzuführen, bei denen die Arbeitgeber bei der Einstellung von Personen, die längere Zeit krankgeschrieben waren, den doppelten Arbeitgeberbeitrag abziehen können. So bemühen wir uns, auch denjenigen eine Chance auf Rückkehr zu bieten, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind.

Eine wichtige Grundlage für den schwedischen Wohlstand bilden unsere Unternehmer, Investoren und Geschäftsleute. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle beim Aufbau der Gesellschaft und der Wirtschaftsentwicklung zu, damit sich Schweden in einer veränderlichen Welt gut behaupten kann. Schweden muss deshalb ein Land sein, das denjenigen entgegenkommt, die risikobereit sind, ihre Ideen entfalten und als selbstständige Unternehmer agieren wollen. Eine umfassende Überprüfung der sozialen Sicherungssysteme für Unternehmer, F-Steuerregeln und des Vorzugsrechts wird erfolgen, doch viele konkrete Reformen stehen bereits jetzt zur Umsetzung an.

In diesem Jahr wurde die Vermögenssteuer abgeschafft. Die Reform für haushaltsnahe Dienstleistungen wird erweitert. Die Regierung setzt einen Regulierungsrat ein, das Programm zur Förderung der Firmengründung von Frauen und ausländischen Mitbürgern wird fortgesetzt. Die Regierung wird darüber hinaus weitere Ressourcen für unsere Infrastruktur vorsehen, um so den Wachstumsanstieg durch verringerte Transportkosten, höhere Liefersicherheit und einen erweiterten Arbeitsmarkt zu fördern.

Schweden ist ein Land mit vielfältigen Möglichkeiten, die wir besser nutzen müssen. Deshalb wollen wir eine Politik verfolgen, die allen Landesteilen die Möglichkeiten bietet, aus eigener Kraft zu wachsen und sich weiterzuentwickeln. Durch die Stärkung der örtlichen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung besserer Voraussetzungen für Innovationen und Investitionen können wir das Wachstumspotential im ganzen Land verbessern und stärken.

Chancengleichheit für Frauen und Männer ist eine Selbstverständlichkeit. Die gleichen Möglichkeiten bei der Arbeitswahl, die gleichen Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu verdienen und Karriere zu machen, aber auch ein Gefühl der Sicherheit im Alltag. Aus diesem Grund führt die Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Anhebung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern durch. Steuersenkungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, mehr Rehabilitationsmaßnahmen, Übernahme von Teilen des öffentlichen Sektors durch die Arbeitnehmer, mehr Ressourcen für Frauen zur Neugründung von Firmen, Arbeitsplätze für Neueinsteiger im öffentlichen Sektor, Steuersenkungen im Dienstleistungssektor und ein Aktionsplan zur Verhinderung der Gewalt gegen Frauen. All dies sind Veränderungen, die zu Verbesserungen im Alltag vieler Frauen führen werden.

\*\*\*

Wenn eine Politik für Arbeit und Unternehmertum das eine Standbein der Regierungspolitik ausmacht, so stellen Erneuerungen und Verbesserungen in unseren sozialen Sicherungssystemen das zweite Standbein dar.

Wir wollen den Familien mehr Möglichkeiten einräumen, ihren Alltag zu gestalten und ihren Kindern ein Aufwachsen in Geborgenheit zu bieten. Wir wollen, dass Vorschulen, Schulen, Krankenpflege und Altenbetreuung in unserem Land von Qualität, Wahlfreiheit und Vielfalt geprägt sind. Kleinkinder und Schüler sollen wahrgenommen werden und Lust verspüren zu lernen. Patienten und ältere Personen sollen ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit spüren und mit dem nötigen Respekt und Würde behandelt werden.

Bei der Antwort auf die Herausforderungen der Wohlfahrt geht es nicht um öffentliche oder private Alternativen, es geht viel mehr um Qualität und darum, dass die Anliegen der Menschen dem System übergeordnet sind. Es geht darum, die Ideenvielfalt der Mitarbeiter zu nutzen und ihnen Chancen zu bieten. Es geht um Möglichkeiten für Schüler, Eltern, Patienten und ältere Personen, sich einbringen zu können. Es geht darum, zuzuhören, um den Inhalt der Dienstleistungen verbessern zu können.

Die Familie stellt eine grundlegende Gemeinschaft dar, die ein Gefühl der Geborgenheit und des Zusammenhalts vermittelt. Eine moderne Familienpolitik erkennt an, dass die Bedürfnisse nicht für alle gleich ausfallen, sondern dass Eltern selber größere Möglichkeiten zur Wahl der Lösungen erhalten sollen, die für sie und ihre Kinder am geeignetsten sind.

Eine moderne Familienpolitik vereint Gleichstellung und Wahlfreiheit. In der zweiten Jahreshälfte wird ein Gleichstellungsbonus eingeführt und die Kommunen erhalten die Möglichkeit, ein Betreuungsgeld für die Kindererziehung zuhause einzuführen. Etwas später folgen eine Kinderbetreuungsbeihilfe und eine Stärkung des pädagogischen Auftrags an die Vorschulen. Diese Vorschläge dienen der Anhebung der Vielfalt in der Kinderbetreuung, räumen mehr Zeit für Kinder ein und stützen die Gleichstellung in der Familie bei gleichzeitiger Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern.

Die Erneuerung des schwedischen Schulsystems setzt fort. Wir können keine Entwicklung akzeptieren, bei der das Lernumfeld gestört wird und das Leistungsniveau absinkt mit der Folge, dass viele Schüler die Schule ohne ausreichende Kenntnisse verlassen. Eine gute Schule gleicht die Klassenunterschiede aus. Eine gute Schule bildet das Fundament für alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, die ihre Begabung entfalten und die Wertegrundlagen der Gesellschaft lernen können. Deshalb ist es unsere Schuldigkeit, allen Kindern und Jugendlichen eine Ausbildung zuteil werden zu lassen, die sie auf ein Leben als Erwachsene vorbereitet.

In den nächsten Jahren wird die Regierung eine besondere Initiative für Lesen-Schreiben-Rechnen vorstellen. Die frühe Sicherung der notwendigen Kenntnisse beim Lesen, Schreiben und Rechnen wird dazu beitragen, dass mehr Schüler die grundlegende Schulbildung mit adäquaten

Kenntnissen verlassen. Eine besondere Maßnahme, "die schöpferische Schule", wird den Zugang der Schulen zu professionellen kulturellen Aktivitäten erhöhen und gleichzeitig den Schöpfergeist der Jugendlichen fördern.

Auch für die Universitäts- und Hochschulbildung werden mehr Ressourcen zur Qualitätsverbesserung vorgesehen. Die Gymnasialschule wird reformiert und die Regierung wird diesbezüglich mit einem Reformvorschlag zur Einführung einer neuen Gymnasialschule zurückkommen.

Wir wollen, dass Pflege und Betreuung in unserem Land auch weiterhin über die von uns gezahlten Steuern solidarisch finanziert und den Bedürfnissen entsprechend eingesetzt werden. Der Geldbeutel darf niemals den Ausschlag für den Pflegeanspruch geben. Gleichzeitig treten wir für mehr Vielfalt in der Pflege und Betreuung ein, damit die Patienten und Pflegebedürftigen in den Genuss der bestmöglichen Pflege und Betreuung kommen. Hierbei spielen vor allem die ideellen Träger bei der Pflege und Betreuung eine wichtige Rolle. Maßnahmen zur Erhöhung der Vielfalt werden deshalb gestärkt, um dem Einzelnen das Wahlrecht einzuräumen, aber auch die Möglichkeit zu geben, das abzulehnen was nicht funktioniert.

Daneben wird die Reformarbeit der Regierung für mehr Qualität in der Pflege und Betreuung fortsetzen. Die Menschen haben ein Recht auf gute Pflege, die rechtzeitig zum Einsatz kommt und den Bedürfnissen jedes Einzelnen entspricht.

Die Pflegegarantie wird weiter gestärkt, die Qualität in der Psychiatrie und im Gesundheitswesen ganz allgemein wird angehoben. Ein Vorschlag der freien Wahl bei der Betreuung älterer Menschen und eine Würdegarantie werden vorgestellt, um zu gewährleisten, dass auch den gebrechlichsten älteren Menschen mit Würde begegnet wird. Die Regierung wird eine Reform der zahnärztlichen Behandlung zur Stärkung des Schutzes bei hohen Kosten und zur Schaffung guter Bedingungen für zahnärztliche Behandlungen vorstellen.

Im nächsten Jahr wird die Regierung ferner eine erneuerte Initiative im Bereich der Volksgesundheit durchführen. Insbesondere wird der Schwerpunkt auf alkohol- und

drogenpolitische Maßnahmen gelegt sowie auf Maßnahmen für die Gesundheit der Kinder und Unterstützung der Eltern.

Unsere Vorstellung einer Wohlfahrtsgesellschaft ist getragen von der Einsicht, dass kein Mensch isoliert dasteht. Wir sind alle von einander abhängig, damit unser Leben funktioniert. Wir benötigen die Gewissheit, gebraucht zu werden oder auch einmal eine tröstende Hand spüren zu können. Eine gute Gesellschaft bauen wir von unten auf, gestützt von dem Gefühl, das wir einander entgegenbringen. Dies erfolgt am besten in der Zivilgesellschaft, in einer lebendigen Kultur und in den Begegnungen mit anderen Menschen. Vergessen wir dies, verliert auch vieles andere seine Bedeutung.

\*\*\*

Keiner kann heute unberührt bleiben angesichts dessen, was unsere Erde und die zukünftigen Generationen erwartet, wenn es uns nicht besser gelingt, eine Politik zu formulieren, mit der wir dem mit der Erderwärmung einhergehenden Klimawandel begegnen können. Wir tragen die Verantwortung für den Umgang mit unseren gemeinsamen Ressourcen und dürfen die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nicht aufs Spiel setzen.

Schweden hat eine lange Tradition, aktiv die Umweltpolitik voranzutreiben. Für uns ist es Ehrensache, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten Umwelt aufwachsen, eine reine Luft zum Atmen haben und sauberes Wasser trinken können. Dies ist eine Tradition, der auch für diese Regierung Bestand hat und die mit erneuerter Kraft gestützt wird. Gleichzeitig sind wir uns darüber im Klaren, dass der Klimawandel eines breiteren politischen Ansatzes bedarf.

Der Klimawandel betrifft alle. Er wirft viele Fragen auf, zeigt aber auch die Bereitschaft, nach Antworten zu suchen. Hier besteht ein Engagement, das wir nutzen müssen, und ein großer Wille seitens der Unternehmen, auch in die Arbeit einbezogen zu werden. Können wir all dies bündeln, ist bereits viel gewonnen. Wenn wir an vorderster Front stehen, lösen wir nicht nur unsere eigenen Umweltprobleme, sondern tragen auch zur technischen Entwicklung und Lösung der Umweltprobleme in unserem Umfeld bei, gleichzeitig entstehen bei uns neue Arbeitsplätze.

Umweltsteuern und andere wirtschaftspolitische Instrumente spielen bei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine zentrale Rolle. Insbesondere ist hier eine bessere Koordinierung zwischen der Energiebesteuerung und anderen finanziellen Instrumenten in der Umwelt- und Energiepolitik gefordert. Ein Grundsatz der Reformarbeit ist das Prinzip des Verursachers, der für die von ihm verursachten Umweltauswirkungen bezahlen muss. Besonderer Schwerpunkt wird auf die CO<sub>2</sub>-Steuer und andere Energiesteuern gelegt.

Ein umfassender Ansatz beim Klimawandel ist notwendig. Die Regierung wird 2008 einen Entwurf zur Klimapolitik vorlegen. Angesichts der langfristigen Natur des Klimawandels strebt die Regierung eine möglichst breite Unterstützung für die zukünftige Klimapolitik an. Die Regierung hat deshalb einen wissenschaftlichen Rat für Klimafragen eingerichtet, der vor kurzem seinen Abschlussbericht vorlegte, sowie einen parlamentarischen Ausschuss zum Klimawandel und eine Kommission für nachhaltige Entwicklung. Die Regierung wird bald auch einen Vorschlag zur so genannten „Klimamilliarde“ vorlegen. Dies wird den Weg ebnen für die Breite und den langfristigen Ansatz, die der Klimawandel erfordert.

Die Energiefrage ist eng verknüpft mit dem Klimawandel und auch hier sieht die Regierung die Bedeutung einer breiten parlamentarischen Unterstützung. Die Regierung beabsichtigt deshalb, mit den im Reichstag vertretenen Parteien im Ausschuss zum Klimawandel Gespräche über die Voraussetzungen für eine breite, langfristige, moderne und marktwirtschaftlich ausgerichtete Energiepolitik zu führen. Nach Jahrzehnten der politischen Spaltungen und Richtungsänderungen wollen wir Schweden eine Energiepolitik geben, die einer langfristigen Prüfung standhält und den Anforderungen der Zukunft entspricht.

Neben den nationalen Maßnahmen strebt die Regierung auch eine intensivere internationale Zusammenarbeit an, um den Herausforderungen durch den Klimawandel und der Umwelt begegnen zu können. Ein wichtiger Bestandteil werden hier die Verhandlungen darstellen, die zu einem neuen Klimasystem nach 2012 führen werden. 2009 werden intensive Abschlussverhandlungen erwartet. Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene wird bei diesen Verhandlungen eine wichtige Rolle spielen, und die Umweltaarbeit wird deshalb ein Schwerpunkt

der schwedischen EU-Präsidentschaft im Jahre 2009 sein. Auch im Energiebereich hat die EU ehrgeizige Ziele aufgestellt, die auch für Schweden stärkere Verpflichtungen beinhalten.

\*\*\*

Gemeinsame Herausforderungen kann man am besten durch Zusammenarbeit bewältigen, und dies gilt nicht nur für die Klimapolitik. Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit kann sich unser Land auch für schwedische Interessen wie intensiveren Freihandel, einen funktionierenden Binnenmarkt und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität einsetzen. Schweden soll ein deutliches Eintreten für die Menschenrechte mit der Verpflichtung zur internationalen Zusammenarbeit vereinen. Schweden wird deshalb eine aktive und konstruktive Kraft in der Europäischen Union sein.

Die zukünftige Sicherheit unseres Landes baut auf Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit anderen Ländern, erfordert jedoch auch, dass Schweden eine aktivere Außenpolitik für Freiheit, Sicherheit, Demokratie, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung in der Welt führt. Wir werden ein Land sein mit dem Willen und der Fähigkeit, über die eigenen Grenzen und den eigenen Erdteil hinauszublicken, um den bedürftigsten Teilen unserer Welt beistehen zu können. Schweden wird weiterhin ein Vorbild in der internationalen Entwicklungsarbeit sein. Wir verstärken deshalb unsere Bemühungen bei der Armutsbekämpfung und richten den Fokus auf Afrika.

Schweden wird auch weiterhin eine Zuflucht bleiben für diejenigen, die Schutz suchen vor Verfolgung und Unterdrückung. Gleichzeitig beabsichtigt die Regierung, sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass mehr Länder eine größere Verantwortung bei der Aufnahme von Asylbewerbern übernehmen. Im nächsten Jahr wird die Regierung dem Reichstag auch Vorschläge zur Erleichterung der Arbeitskräfteinwanderung vorlegen.

Die Kapazität Schwedens für internationale Einsätze soll verbessert werden. Die Regierung wird deshalb eine Arbeitsgruppe einrichten, mit dem Auftrag, die Materialkosten der Streitkräfte zu überprüfen. Ziel ist unter anderem die Stärkung der Kapazität Schwedens für internationale

Friedensmissionen. Dies ist ein Schritt zur Vollendung der Umwandlung von einem auf die Verteidigung des Landes konzentrierten System hin zu einem auf Missionen ausgerichteten Verteidigungssystem, und geht einher mit dem Bestreben der Regierung, jede aus Steuergeldern finanzierte Ausgabe sorgfältig im Verhältnis zum Nutzen für das Land abzuwägen.

Die Kapazitäten Schwedens für die Analyse und das Krisenmanagement werden auch gestärkt. Ein auf einer Studie basierender Vorschlag über die Einrichtung einer nationalen Krisenmanagementfunktion in der Kanzlei der Ministerien wird bald vorgelegt. Die Regierung sieht dies als Ausgangspunkt an, um unsere Aktionsbereitschaft im Falle einer Krise weiterzuentwickeln.

\*\*\*

Herr Präsident,

Die Regierung will schrittweise eine Politik umsetzen, die wohl überlegt und gestaltet ist, um auf die Fragen zu antworten, die sich die Menschen in unserem Land in ihrem Alltag stellen.

Unsere Arbeit soll für klare Werte stehen, die wie sich gezeigt hat, von breiten Teilen der schwedischen Bevölkerung getragen werden. Werte, die von der Macht des Menschen über den eigenen Alltag handeln, vom Grundsatz der so genannten „Arbeitslinie“ und dem Anstreben der Vollbeschäftigung. Von gut funktionierenden und steuerfinanzierten Wohlfahrtsleistungen. Dies sind alles wichtige Teile dessen, was unserer Meinung nach kennzeichnend ist für Schweden.

Toleranz und Offenheit sind weitere Werte, die Schweden auszeichnen sollen. In unserem Land sollen Menschen nebeneinander leben und ihr eigenes Leben gestalten können, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe oder ihres Geschlechts. Hier sollen alle Menschen gleich sein vor dem Gesetz. In einer Welt, in der Ungleichheiten häufig zur Anheizung von Konflikten und Auseinandersetzungen herangezogen werden, soll Schweden die Stärke der Vielfalt aufzeigen. Wir sollen eine einschließende Gesellschaft sein, bei der die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen geachtet wird.

Grundlage der Politik der Regierung ist und bleibt das Eintreten für Vollbeschäftigung. Durch die Wiederherstellung der so genannten Arbeitslinie und des Werts der Arbeit sollen mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, am Aufbau Schwedens mitzuwirken. Dies ist eine Politik, die Ressourcen für eine gute Wohlfahrt beinhalten und damit Sicherheit für uns alle, wenn wir sie in Anspruch nehmen. Es ist eine Politik, die langfristig die Kluft abbaut und die Ausgrenzung bekämpft.

Wir wollen nicht, dass die Politik irgendwelche blinde Flecken aufweist. Menschen, die wir nicht sehen wollen. Gesellschaftsprobleme, die so groß sind, dass wir sie lieber verstecken, anstatt sie in den Griff zu bekommen. Das Bestreben der Regierung ist es, Schweden zusammenzuhalten und jedem die Möglichkeit einzuräumen, am Arbeitsleben und an der Gesellschaft teilzuhaben. Dies führt zu einer sichereren, freieren und humaneren Gesellschaft. Dies ist die Grundlage, damit die Menschen in unserem Land morgen zu einem neuen Tag erwachen können. Zu einem besseren Tag.